

KURZ UND PRÄGNANT

Behinderung des Ballstädt-Prozesses

Zu den neuesten Entwicklungen im Prozess am Landgericht in Erfurt gegen 15 Angeklagte wegen des mutmaßlich rechtsextremen Überfalls auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt erklärte MdL Steffen Dittes: „Wenn im laufenden Prozess das Gericht die Einschätzung äußert, dass durch die Schwärzungen von Akten des Verfassungsschutzes die Rechtmäßigkeit einer Abhörmaßnahme nicht geprüft werden kann und das Verfahren droht, zu Fall gebracht zu werden oder in Freisprüchen zu enden, sollten bei den Verantwortlichen sämtliche Alarmglocken läuten. Staatsanwaltschaft und Thüringer Innenministerium sind hier gefordert, aktiv zu werden, um dringend eine Überprüfung des Verfahrens mit Blick auf die Rolle des Nachrichtendienstes vorzunehmen. Der Freistaat Thüringen kann sich nach der NSU-Mordserie und dem starken Anstieg extrem rechter Gewalt in Thüringen eine derartige Gefährdung des seit Jahren größten Prozesses gegen gewalttätige Neonazis nicht leisten.“ ■

Gute Argumente für die Gebietsreform

Das Vorschaltgesetz für die Gebietsreform in Thüringen ist am 13. Juli in Kraft getreten. Die Anwendungshinweise lagen vier Wochen später vor. „Rot-Rot-Grün hat damit in einem historischen kurzen Zeitraum den Willen des Gesetzgebers für die Gemeinden in Handlungsempfehlungen ‚gegossen‘. Es sei daran erinnert, dass unter CDU-Führung das Innenministerium für Derartiges Monate und Jahre gebraucht hat“, so der LINKE Kommunalpolitiker Frank Kuschel. Mit den Anwendungshinweisen wird das Gesetz erläutert. „Rot-Rot-Grün macht Schluss mit der bisherigen CDU-Politik der Schwächung der Städte durch Gemeindezusammenschlüsse im städtischen Umland, den so genannten Abwehrfusionen.“ Das am 15. August gestartete Volksbegehren biete eine gute Chance für einen intensiven Bürger-Dialog. „Die Landesregierung hat gute Argumente für die Verwaltungs- und Gebietsreform. Und für diese wird Rot-Rot-Grün beim Volksbegehren werben. Wer das Vorschaltgesetz ablehnt, entzieht den Kommunen nicht nur 155 Millionen Euro Fusions- und Struktur Gelder, sondern zementiert die ineffiziente Kleingliedrigkeit der kommunalen Verwaltung. Die Kosten hierfür müssen die Bürger mit steigenden Steuern, Gebühren und Entgelten zahlen. Themen wie diese werden den Dialog in den nächsten Wochen bestimmen“, betonte Frank Kuschel. ■

Zu Diskriminierungsformen und Gefährdungsanalysen

R2G zur Dokumentations- und Forschungsstelle für Menschenrechte und Demokratie

Am 11. August fand eine Sondersitzung des Landtags statt, bei der es auf Antrag der AfD-Fraktion um die Dokumentations- und Forschungsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie und das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ging.

Im Anschluss unterstrichen in einer gemeinsamen Erklärung die Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie es begrüßen, dass die Dokumentations- und Forschungsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie von der renommierten Amadeu-Antonio-Stiftung betrieben wird.

In der Sondersitzung konnte die vorgetragene Kritik sachlich fundiert zurückgewiesen werden. Mit der Dokumentations- und Forschungsstelle setzt Rot-Rot-Grün die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der vergangenen Wahlperiode um. Zu dessen wichtigsten Aufgaben gehörte neben der Aufklärung der NSU-Verbrechen und der Untersuchung des behördlichen Fehlverhaltens herauszuarbeiten, welche Konsequenzen gezogen werden müssen, um eine Wiederholung der den NSU begünstigenden Bedingungen der 90er Jahre in Politik und Sicherheitsbehörden auszuschließen.

Gemeinsam mit der CDU wurde im Abschlussbericht festgehalten: „Rassismus muss als drängendes Problem endlich ernstgenommen und gesellschaftsübergreifend thematisiert werden. ... Der Erkenntnis über in der Mitte der Gesellschaft verankertes rassistisches Gedankengut sollte ebenso wie dem zum Teil bestehenden institutionell verankerten Rassismus begegnet werden. Die wissenschaftliche Aufar-

beitung und Forschung in den Themenfeldern Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus ist dabei elementarer Bestandteil, um wirksam agieren zu können.“

Steffen Dittes, DIE LINKE: „Dass das Konzept der Extremismus- und Hufeisentheorie bewusst keine Grundlage für die Dokumentationsstelle sein kann, wurde hinlänglich dargestellt. Die Dokumentations- und Forschungsstelle forscht und analysiert unter Anwendung sozialwissenschaftlicher Standards aufbauend auf dem Grundkonsens der Bundesrepublik ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ in Bereichen, in denen die Gleichwertigkeit der Menschen infrage gestellt wird. Und sie forscht zu Diskriminierungsformen, die sich unter dem Begriff ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘ nach dem Konzept des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zusammenfassen lassen. Die CDU sollte sich von ihrer antiquierten Einordnung durch die Extremismustheorie lösen und sich allmählich neueren Modellen von Gefährdungsanalysen nähern.“

Diana Lehmann, SPD-Fraktion: „Zu den größten Demokratiegefährdungen in Thüringen gehören zweifelsfrei rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten, flankiert durch Neonazi-Konzerte und Demonstrationen sowie Übergriffe gegen Geflüchtete. Dass wir in der Mitte der Gesellschaft ein großes Problem mit Fremdenfeindlichkeit haben, zeigt u.a. der aktuelle Thüringen Monitor der Universität Jena. Die Dokumentations- und Forschungsstelle kann einen wichtigen Beitrag leisten, spezifische Ursachen von Diskriminierung in Thüringen zu erforschen. Die Amadeu-Antonio-Stiftung ist eine renommierte Stiftung, die Reputation

und Expertise auf dem Gebiet des Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit genießt und geeignet ist, die Dokumentations- und Forschungsstelle zu etablieren. Das belegen auch über 1.000 erfolgreiche Projekte und die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie und dem Bundesministerium für Justiz.“

Madeleine Henfling, Fraktion B90/DIE GRÜNEN: „Die Wahl der Stiftung, den Posten des Direktors an den Wissenschaftler Dr. Matthias Quent zu vergeben, ist nachvollziehbar. Quent ist ein Experte, wie seine Publikationen und Auszeichnungen zeigen. Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit richtet sich nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern gegen alle antidemokratischen Tendenzen. Die Besetzung des Programmbeirates zeigt dessen vielfältige Zusammensetzung. Über mögliche Ergänzungen kann man selbstverständlich diskutieren, doch der CDU-Vorschlag, diesen mit Parlamentariern aufzufüllen, würde dem Anspruch einer zivilgesellschaftlichen Perspektive zuwiderlaufen.“

Die Abgeordneten erklären gemeinsam: „Mit den Klarstellungen zu rechtlichen Abläufen, Förderrichtlinien, Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie der Beteiligung des Programmbeirates bei der Einrichtung der Stelle konnte die Bildungsministerin erneut für Klarheit sorgen. Sowohl das Landesprogramm als auch die Dokumentations- und Forschungsstelle sind notwendige Beiträge für ein friedliches Zusammenleben in Thüringen.“

Die Abgeordneten weisen die Beleidigungen und Diffamierungen der Stiftung durch Mitglieder des Thüringer Landtages entschieden zurück. ■

Koalition will öffentliche und umfassende Aufklärung

Die CDU hat einen Antrag mit 21 Fragen eingereicht, die zur Aufklärung im Fall der Versetzung des Sohnes von Justizminister Dieter Lauinger in die nächsthöhere Klassenstufe beitragen sollen. Die Koalitionsfraktionen haben sich am 17. August im Ältestenrat im Thüringer Landtag dafür eingesetzt, dass der Antrag in öffentlicher und gemeinsamer Sitzung von Bildungs- und Justizausschuss beraten wird. Diese fand (nach Red.schluss) am 23. August statt. Dagegen kritisieren sie die von der CDU beantragte Sondersitzung (am 24. August) als „unsägliches parteitaktisches Manöver“.

Zur Ausschusssitzung der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, André Blechschmidt: „Dies ist eine Regelung, die das Aufklärungsbedürfnis des Parlaments und der Öffentlichkeit erfüllt und von uns ausdrücklich getragen wird. Wir werden dort auf eine

sachliche Beratung des Themas und eine gründliche Beantwortung der Fragen hinarbeiten. Vor allem wollen wir die Arbeit an den wirklich wichtigen Themen wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. An diesem Beispiel und der Tatsache, dass für die Umsetzung in den Ausschüssen eine Mehrheit von Zweidritteln notwendig ist, wird erneut der grundsätzliche Reformbedarf in Sachen genereller Öffentlichkeit der Ausschüsse im Landtag deutlich.“

„Die Empfehlung des Ältestenrates trägt dazu bei, dass wir uns dem eigentlichen Thema der Sondersitzung (am 17.8.) widmen konnten und es nicht durch eine Debatte um den Antrag der CDU in den Hintergrund rückt. Denn auch hier erwartet die Öffentlichkeit umfassende Aufklärung. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich die CDU auf eine öffentliche Ausschusssitzung mit den Koalitionsfraktionen verständigen konnte. Das ist der angemessene parlamentarische Rahmen, in dem unter

größtmöglicher Transparenz und mit gründlicher Vorbereitung aller Beteiligten für umfassende Aufklärung gesorgt werden kann“ sagte Matthias Hey, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Astrid Rothe-Beinlich, Parlamentarische Geschäftsführerin, B90/DIE GRÜNEN: „Die Empfehlung des Ältestenrates unterstützen wir ausdrücklich. Schließlich haben wir seit unserem Einzug in den Landtag wiederholt gefordert, die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen zu lassen. Dies scheiterte immer wieder und insbesondere an der CDU-Fraktion. Das öffentliche Tag der Ausschüsse für Bildung und Justiz nun zu verlangen, weil es der CDU gerade gelegen kommt, ist fadenscheinig und janusköpfig. Wir stehen zu einer Aufklärung und Transparenz in der Sache ohne Wenn und Aber. Die nun zusätzlich beantragte Sondersitzung zeigt jedoch, dass es der CDU nicht um Aufklärung, sondern allein um viel Lärm um nichts und Stimmungsmache geht.“ ■